



Aufruf

„Nächstenliebe verlangt Klarheit“ – Kein Naziaufmarsch, nirgendwo

Neonazis aus ganz Europa mobilisieren für den 13. und 18. Februar 2012 erneut zu Aufmärschen nach Dresden. Die Aufmärsche anlässlich der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 haben sich in den letzten Jahren zum größten, regelmäßig stattfindenden Treffen von Alt- und Neonazis jeder Couleur in Europa entwickelt.

Rechte Gewalt und entsprechende Einstellungen in Dresden und anderswo sind unvereinbar mit demokratischen Werten, die für viele von uns in unseren jeweiligen religiösen Überzeugungen wurzeln.

Europas größten Naziaufmarsch blockieren – friedlich und entschlossen!

Gerade als Christinnen und Christen sind wir aufgefordert uns dieser menschenverachtenden und menschenfeindlichen Ideologie massiv entgegenzustellen. Wir laden alle Menschen ein, sich am 13./18. Februar 2012 unter dem Motto "Nächstenliebe verlangt Klarheit – Keine Naziaufmärsche, nirgendwo" an unserem christlichen Blockadepunkt zu beteiligen. Wir beten für Frieden und Menschenwürde, für gleiche Rechte aller Menschen ohne Ansehen der Religion, der Nationalität, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Identität und des Standes, für Stärkung gesellschaftlichen Engagements gegen Menschenfeindlichkeit und Gewalt.

Angesichts der in den letzten Monaten bekannt gewordenen Mordserie der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ist es in diesem Jahr besonders wichtig, dass viele Menschen aus der gesamten Bundesrepublik ein deutlich sichtbares Zeichen gegen rechten Terror und menschenfeindliche Einstellungen setzen.

Gerade weil wir als Christ_innen das Recht auf freie Meinungsäußerung als hohes Gut schätzen, müssen wir uns denen entschlossen entgegenstellen, die die unveräußerlichen Menschenrechte mit Füßen treten und die Demokratie beseitigen wollen.

Wir wollen uns mit unseren Gebeten und Liedern friedlich und entschlossen denen entgegenstellen, die den Gedenktag missbrauchen, um ihre menschenfeindliche Gesinnung zu demonstrieren.

Der Geschichtsverdrehung widersprechen!

Großveranstaltungen wie die in Dresden fördern neonazistische Strukturen zelebrieren Zusammenhalt im Sinne einer nationalsozialistischen Identität und dienen der Vernetzung in ganz Europa.

Auf Transparenten und in Flugschriften setzen Neonazis die Opfer der alliierten Luftangriffe auf Dresden mit den Ermordeten in den Konzentrations- und Vernichtungslagern gleich – und verharmlosen damit den Holocaust. Durch solche revisionistischen Gedenkveranstaltungen werden Traditionslinien zum historischen Nationalsozialismus gestärkt. Der Vernichtungscharakter der deutschen Kriegsführung im 2. Weltkrieg wird verschwiegen und die Fragen nach Schuld und Verantwortung werden verdreht.

Während Leningrad, Rotterdam oder Coventry Ziele des deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieges waren, wurde Dresden um der Beendigung des mörderischen NS-Regimes willen bombardiert. Das Ziel der Alliierten war die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus. Um der neonazistischen Propaganda entgegenzutreten, darf dieser Unterschied nicht verwischt werden. Diese Sicht schließt auch die Form der Trauer um die Toten dieses Bombenangriffs auf Dresden ein.

Ziviler Ungehorsam ist ein Bürgerrecht!

Von den Kriminalisierungsversuchen zivilen Ungehorsams durch Teile der Politik und Behörden lassen wir uns nicht irritieren. Gewaltfreie Blockaden sind eine Gewissensentscheidung und gehören zum Grundrecht auf freie Meinungsäußerung.¹ Die unabdingbare und bedingungslose Friedlichkeit aller Aktions- und Protestformen ist für Christinnen und Christen in der Nachfolge Christi unbedingte Voraussetzung für solches Handeln.² Friedliche Blockaden „haben in der Geschichte der

1 Eine Versammlung ist eine örtliche Zusammenkunft mehrerer Personen zur gemeinschaftlichen, auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung (vgl. BVerfGE 104, 92 <104>; BVerfGK 11, 102 <108>). Dazu gehören auch solche Zusammenkünfte, bei denen die Versammlungsfreiheit zum Zwecke plakativer oder aufsehenerregender Meinungskundgabe in Anspruch genommen wird (vgl. BVerfGE 69, 315 <342 f.>; 87, 399 <406>). Der Schutz ist nicht auf Veranstaltungen beschränkt, auf denen argumentiert und gestritten wird, sondern umfasst vielfältige Formen gemeinsamen Verhaltens bis hin zu nicht verbalen Ausdrucksformen, darunter auch Sitzblockaden (vgl. BVerfGE 73, 206 <248>; 87, 399 <406>; 104, 92 <103 f.>); Quelle: 1 BvR 388/05, Abs. 32 und 33, Entscheidung vom 7. März 2011

2 Eine Versammlung verliert den Schutz des Art. 8 GG grundsätzlich bei kollektiver Unfriedlichkeit. Unfriedlich ist danach eine Versammlung, wenn Handlungen von einiger Gefährlichkeit wie etwa aggressive Ausschreitungen gegen Personen oder Sachen oder sonstige Gewalttätigkeiten stattfinden, nicht aber schon, wenn es zu Behinderungen Dritter kommt, seien diese auch gewollt und nicht nur in Kauf genommen (vgl. BVerfGE 73, 206 <248>; 87, 399 <406>; 104, 92 <106>). Der Schutz des Art. 8 GG besteht zudem unabhängig davon, ob eine Versammlung anmeldepflichtig und dementsprechend angemeldet ist (vgl. BVerfGE 69, 315 <351>; BVerfGK 4, 154 <158>; 11, 102 <108>). Er endet mit der rechtmäßigen Auflösung der Versammlung (vgl. BVerfGE 73, 206 <250>); Quelle: 1 BvR 388/05, Abs. 32 und 33, Entscheidung vom 7. März 2011

Bundesrepublik Deutschland mehrfach zu positiven Veränderungen in Politik und Gesellschaft geführt.“³

Wir rufen alle Menschen und insbesondere Christinnen und Christen - Junge und Alte, aus Ost oder West, mit oder ohne deutschen Pass - auf, Neonazis nicht ungehindert durch Dresden marschieren zu lassen.

Tun Sie was – nutzen Sie die Möglichkeiten!

Wir stehen für Vielfalt und Kreativität. Alle anderen friedlichen Aktionsformen und Veranstaltungen zivilgesellschaftlichen Widerstands gegen demokratiefeindlichen Ungeist unterstützen wir ausdrücklich. Wir freuen uns, dass zivilgesellschaftliche Akteure, die Stadt Dresden und erstmals auch die sächsische Staatsregierung zu sicht- und hörbarem Widerstand gegen extrem rechte Dominanzbestrebungen und Aufmärsche aufrufen.

Wir Christen müssen und wollen uns überall und so auch in Dresden gegen den gesellschaftlichen und politischen Rechtsextremismus wehren, weil er fundamental unseren christlichen Grundüberzeugungen widerspricht. Es geht um den Kern unseres Glaubens an Gottes Schöpfung, unser aller Geschöpflichkeit ohne Unterschiede im Ansehen der Person und die Gemeinschaft mit den Ohnmächtigen und Schwachen.

SprecherInnenrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, (Berlin/Dresden, den 26. Januar 2012)

Erstunterstützer_innen des Aufrufs:

Heilgard Asmus, Generalsuperintendentin in der EKBO, Vorstandsvorsitzende des Aktionsbündnisses gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg

Dagmar Apel, Pfarrerin, Evangelische Kirchengemeinde Heilig Kreuz-Passion, Berlin-Kreuzberg

Pascal Begrich, Geschäftsführer, Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg

Heidi Bischoff-Pflanz, Berlin

Prof. Dr. Christian Bernzen, Rechtsanwalt, Hamburg

Carsten Bolz, Superintendent in Berlin-Charlottenburg

Hans-Ernst Böttcher, Präsident des Landgerichts i.R., Lübeck

Christian Buchholz, Schuldekan i.R., Stiftungsrat der Intern. Jugendbegegnungsstätte Auschwitz, Bad Boll-Dürnau

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR)

Andrea Annelena Dressel, Aktionsbündnis gegen Rechts, Gera

Carsten Enders, LAG politisch-kulturelle Bildung Sachsen e.V.

Dr. Peter Fischer, Gedenkstättenvertreter im Zentralrat der Juden in Deutschland

Jochen Flade, Dipl.-Restaurator, Dresden

Gabriele Flade, Bauingenieurin, Dresden

Wolfgang Geffe, Diakon, Beauftragter für Friedensarbeit, Lothar-Kreyssig -
Ökumene-Zentrum der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland

Martin Gerster, MdB, SPD, Biberach

Jan Gildemeister, Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden

Prof. Ullrich Gintzel, Professor für Soziale Arbeit an der Ev. Hochschule für Soziale
Arbeit, Dresden

Katrin Göring-Eckardt, Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages und Präses der
Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Karla Groschwitz, sächsische Synodale der Evangelischen Kirche in Deutschland
(EKD)

Johannes Grün, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Georg Hammer

Reinhard Hotop, Vorsitzender des Gemeindegemeinderates, Evangelische
Kirchgemeinde Schleusingen

Wolfram Hülsemann, Berlin

Werner Imhof, Projektkoordinator Zeitzeugendialog, Brücke/Most-Stiftung, Dresden

Eva Jähnigen, Landtagsabgeordnete, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im
Sächsischen Landtag

Ilse Junkermann, Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland
(EKM)

Dr. Andreas Karrer, Wielenbach

Michael Kleim, Stadtjugendpfarrer, Gera

Wolfgang Klose, Vorsitzender des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin

Heiko Lietz, Menschenrechtler, Schwerin

Dr. Herbert Lappe, Mitglied der Jüdischen Gemeinde zu Dresden, Gesellschaft für
Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e.V.

Dr. Silke Lechner, Studienleiterin Deutscher Evangelischer Kirchentag, Fulda

Axel W. Markmann, Geschäftsführer der Evangelischen Jugend Schwerin

Ralf Meister, Landesbischof der Evangelischen Landeskirche Hannovers

Wolfgang Musigmann, Diakon und Diplom-Sozialpädagoge, Erfurt

Christine Müller, Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev. Luth. Landeskirche Sachsens

Sophia Oppermann und Rebecca Weis, Geschäftsführerinnen von "Gesicht Zeigen!
Für ein weltoffenes Deutschland e.V."

Frank Otto, Potsdam

Eberhard Radczuweit, KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V.

Thomas Roth, Journalist, New York

Astrid Rothe-Beinlich, MdL, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags und
parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im
Thüringer Landtag

Helmut Ruppel, Studienleiter, Pfr.i.R., Berlin

Dr. Martin Salm, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung
und Zukunft“

Prof. Dr. theol. Thomas Schlag, Universität Zürich

Christiane Schulz, Pfarrerin, ESTAruppin e.V., Neuruppin

Dr. Claus-Dieter Schulze, Pfarrer i.R., Kommunität Grimnitz e.V.

Dr. Karl-Matthias Siegert, Landessuperintendent, Kirchenkreis Wismar

Dr. Christian Staffa, Geschäftsführer Aktion Sühnezeichen Friedendienste e.V.

Hildegart Stellmacher, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden
e.V.

Sebastian Striegel, MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN im Landtag von Sachsen-Anhalt

Dr. Christof Theilemann, Landespfarrer der Evangelischen Landeskirche Berlin-
Brandenburg schlesische Oberlausitz (EKBO) für Ökumene und Weltmission

Wolfgang Thierse, MdB, SPD, Vize-Präsident des Deutschen Bundestages

Hanns Thomä, Beauftragter für Migration und Integration der Evangelischen Kirche
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Wolfgang v. Rechenberg, AG TEO im Amt für die Arbeit mit Kindern und
Jugendlichen der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs

Internationalen Versöhnungsbund, Deutscher Zweig

Thomas Wagner, Adolf Würth GmbH&Co.KG, Leiter Aus- und Weiterbildung

Christhard Wagner, Oberkirchenrat, Beauftragter der Evangelischen Kirchen im Freistaat Thüringen

Dr. Beatrice von Weizsäcker, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentags, München

Beate Wichmann, GKR Mitglied Andreasgemeinde Erfurt/Kreissynodale Kirchenkreis, Sprecherin der LAG ChristInnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen

Jürgen Wollmann, Projektleiter, ezra - mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, Bund evangelischer Jugend in Mitteldeutschland (bejm)

Gabriele Wulz, Prälatur Ulm, Evangelische Landeskirche in Württemberg

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus
c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80
10117 Berlin
Telefon: 030-28395 184
E-Mail: post@bagkr.de
www.bagkr.de

